

Unsere *übliche* Form von *Demokratie* versagt

Was verhilft zu erfolgreichen Reformen?

Inhalt

1. Die üblichen Formen repräsentativer Demokratie stehen konstruktiven Reformen im Wege 1
2. Churchill's Demokratiekonzept und problemlösende Forschung verhelfen zu zielführenden Innovationen 11
3. Den Massenmedien kommt im Hinblick auf Innovationen eine Schlüsselrolle zu 17

1. Die üblichen Formen repräsentativer Demokratie stehen konstruktiven Reformen im Wege

„Niemand behauptet, dass Demokratie perfekt oder vollkommen vernünftig funktioniert. Tatsächlich wurde gesagt, die Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind; aber es gibt ein breites Fühlen in unserem Land, dass die Bevölkerung regieren (steuern) sollte, und zwar dauerhaft, und dass die öffentliche Meinung, wie sie gemäß allen verfassungsmäßigen Mitteln zum Ausdruck kommt, das Handeln der Minister formen, leiten und kontrollieren sollte, die deren Diener sind und nicht deren Meister (Beherrscher).“¹ Winston Leonard Spencer-Churchill 1947

Anhand dieser Aussagen des britischen Premierministers Sir Winston Leonard Spencer-Churchill (1874-1965) lässt sich zeigen, warum *unsere übliche Form* repräsentativer Demokratie versagt: Regierungsmitglieder, Parlamentarier*innen und Minister*innen wollen *üblicherweise* eigenen *persönlichen* Einfluss auf die gesellschaftlichen Gegebenheiten erringen und das Handeln anderer Menschen *anhand von Machtmitteln* beeinflussen. Sie sind bestrebt, Bestehendes und Errungenes zu schützen, zu erhalten und zu gestalten – in derjenigen Weise und Richtung, die sie *persönlich* für richtig und wichtig halten. Damit ihnen das gelingen kann, bemühen sie sich darum, Wähler*innenstimmen zu gewinnen. – Jegliches Handeln, das aus solchen *ego-geleiteten* Intentionen und Motivationen hervorgeht, wird *Churchills Verständnis von freiheitlicher Demokratie* nicht gerecht. Es erweist sich als nicht verfassungsgetreu.

Churchills Gegenüberstellung von *servant* (Diener) und *master* (Meister/Herrscher) finden wir auch in einer Formulierung des Rechts- und Gerechtigkeitslehrers Jesus von Nazareth, die als grundlegend für das juristische *Subsidiaritätsprinzip* angesehen wird²:

„Jesus rief sie zu sich und sprach: Ihr wisst, dass die Herrscher ihre Völker niederhalten und die Mächtigen ihnen Gewalt antun. So soll es nicht sein unter euch; sondern wer unter euch groß sein will, der sei euer Diener; und wer unter euch der Erste sein will, der sei euer Knecht, so wie der Menschensohn nicht gekommen ist, dass er sich dienen lasse, sondern dass er diene und gebe sein Leben zu einer Erlösung für viele.“ (Mt. 20, 25-28).

Der britische König Charles III. gelobte während der Krönungszeremonie am 06.05.2023 vor der Weltöffentlichkeit, sein Handeln gemäß Jesus von Nazareth auszurichten. Demgegenüber läuft das *übliche* Bestreben, Macht- und Herrschaftspositionen über andere Menschen sowie Regionen erringen, sich erhalten und ausweiten zu wollen, vielfach der Durchführung von Reformen zuwider, die zugunsten der Förderung des Allgemeinwohles notwendig sind. Seit Jahrzehnten wird darauf hingewiesen, dass dringend notwendige Reformen nicht durchgeführt

¹ Übersetzung des Autors. Originaltext von Churchills Rede vor dem Unterhaus am 11. November 1947:

„No one pretends that democracy is perfect or all-wise. Indeed, it has been said that democracy is the worst form of Government except all those other forms that have been tried from time to time; but there is the broad feeling in our country that the people should rule, continuously rule, and that public opinion, expressed by all constitutional means, should shape, guide, and control the actions of Ministers who are their servants and not their masters.“ https://api.parliament.uk/historic-hansard/commons/1947/nov/11/parliament-bill#column_206

² Thomas Kahl: Ein Überblick zur Geschichte des *funktionalen Rechts*. Informationen zur globalen Ordnung: Inhalte des Spezialseminars für Juristen.

<http://www.imge.info/extdownloads/GlobaleOrdnungSpezialseminarFuerJuristen.pdf>

worden seien.³ Wo ausdrücklich Reformmaßnahmen eingeleitet wurden, sind diese vielfach misslungen: Was erreicht werden sollte, war anhand der angewendeten Mittel nicht erreichbar. Anstatt der angestrebten Verbesserungen kam es zu weiteren Verschlechterungen und zusätzlichen Missständen.⁴ *Anscheinend mangelt es an zielführenden Strategien innovativen politischen Managements, an zweckmäßigem Know-how.* Darauf hatte unter anderem der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck hingewiesen:

„Bei vielen Menschen [...], die mir im Land begegnen, vermute ich eine geheime Verfassung, deren virtueller Artikel 1 lautet: „Die Besitzstandswahrung ist unantastbar.“⁵

Demgegenüber lautet Artikel 1 des Grundgesetzes:

- (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
- (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
- (3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Was zur Unantastbarkeit der Würde des Menschen gehört, zu deren Achtung und Schutz, zum sich Bekennen zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt, hatte Churchill einfach und nachvollziehbar ausgedrückt, indem er *Minister* entsprechend der Wortbedeutung (lat. minister = Diener, Helfer, Ausführender) als *Diener* der Bevölkerung und deren Meinung bezeichnete. Unvereinbar ist damit ein *meisterliches* Handeln, das über andere bestimmt, das diesen sagen will, was sie zu tun und zu lassen haben. Derartiges *Vorgesetztenverhalten* widerspricht zusätzlich den Artikeln 2 und 3 GG, in denen die Freiheitsrechte aller Menschen *in Gleichberechtigung* betont werden, unter anderem über das Verbot von Bevorzugungen und Benachteiligungen. Mithin entspricht solches Handeln nicht den Qualifikationsvoraussetzungen, die für die Übernahme staatlicher Funktionen im Rahmen einer freiheitlichen Demokratie gelten: Es ist *unprofessionell*⁶. Um für solche verantwortungsvollen Positionen geeignet und sachlich-fachlich qualifiziert zu sein, reicht es nicht, lediglich ein bestimmtes Alter nachweisen zu können und am Wahltag Deutscher oder Deutsche und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen zu sein.

³ Peter Häberle: Der Verfassungsstaat und seine Reformbedürfnisse. In: Christian J. Meier-Schatz (Hrsg.): Die Zukunft des Rechts. Forschungsgespräch der Rechtswissenschaftlichen Abteilung der Universität St. Gallen im Juni 1998. Helbing & Lichtenhahn, Basel. S. 207-226. https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Häberle

⁴ Siehe hierzu die zitierte Feststellung von John Kenneth Galbraith, unten S. 7, ferner Thomas Kahl: Es kommt auf den *Umgang mit Macht* an, weniger darauf, wer *an der Macht ist*. In: Thomas Kahl: Machtpolitik und Rechtsordnung. Informationen zur staatsrechtlichen und zur menschenrechtlichen Ordnung. S. 1-7. www.imge.info/extdownloads/Machtpolitik-und-Rechtsordnung.pdf

⁵ Joachim Gauck: Freiheit. Ein Plädoyer. Kösel Verlag 2012, S. 5 Siehe dazu ferner: Thomas Kahl: 21 Thesen zu *Freiheit* als Grundlage von Leben, Können und Glück. Ein Beitrag zu politischen Bildung und zum Qualitätsmanagement aus naturwissenschaftlicher Sicht. www.imge.info/extdownloads/21ThesenZuFreiheitAlsGrundlageVonLebenKoennenUndGlueck.pdf

⁶ Zur gebotenen professionellen Haltung von Politikern formulierte Max Weber in seinem im Januar 1919 in München gehaltenen Vortrag über *Politik als Beruf* drei Grundanforderungen für den Politiker: „Leidenschaft im Sinne von Sachlichkeit, Verantwortlichkeit im Interesse des Sachanliegens, „Augenmaß“ als notwendige persönliche Distanz zu Dingen und Menschen.“ https://www.textlog.de/weber_politik_beruf.html Ein Verhältnis zur Politik, das der Gesinnungsethik den Vorzug gegenüber der Verantwortungsethik gab, lehnte er als irrational ab.“ https://de.wikipedia.org/wiki/Max_Weber Zur diesen Ethikpositionen als Grundlagen der in Deutschland herrschenden Rechtsordnung siehe auch:

Thomas Kahl: Unvereinbare Konzepte zu *Recht* und *Rechtsstaatlichkeit* konkurrier(t)en miteinander. In: Thomas Kahl: Der Schutz des Lebens auf der Erde. Die *freiheitlich-demokratische* globale Rechtsordnung verhilft zu weltweiter Gerechtigkeit und friedlicher Zusammenarbeit. Text-Abschnitt 10.1.1 www.imge.info/extdownloads/DerSchutzDesLebensAufDerErde.pdf

Für Politiker*innen existiert noch keine verpflichtende Ausbildungsordnung. Zumindest müsste *öffentlich* eindeutig erkennbar sein, dass hinreichende Vertrautheit mit der Bedeutung und der Funktion der Menschenrechte und der freiheitlich-demokratischen Rechts- und Verfassungsordnung vorliegt. Denn es ist ein Amtseid auf deren Einhaltung zu leisten. Der *Sinn des Amtseides* hatte sich maßgeblich aus dem relativ aufgeklärten staatsbürgerlichen Bewusstsein der Beamtenschaft während der Preußischen Reformen ergeben.⁷

Solange zu solchen unverzichtbaren Handlungsvoraussetzungen keine zuverlässigen Eignungsprüfungen erfolgen, ist von einer unübersehbar großen Anzahl mangelhaft geeigneter Amtsinhaber*innen auszugehen, mithin auch davon, dass rechts- und verfassungswidrige Einstellungen und Vorgehensweisen bei Parlamentarier*innen und Minister*innen zu den Selbstverständlichkeiten gehören.⁸

Was es mit mangelhafter Sachkenntnis von Politiker*innen auf sich hat, auch von solchen im obersten Ministerrang bis hinauf zur Bundeskanzlerin Angela Merkel,⁹ und dass diesbezüglich sogar ein erfolgreich abgeschlossenes Jura-Studium zusammen mit der Promotion zum

⁷ Die Feststellung im Satz „Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“ (Artikel 38 (1) GG) entspricht der Tatsache, dass jegliche nicht-autonome Untertanenhaltung bzw. Befolgung von Anordnungen (Gefolgschaft) unzweckmäßig ist, wenn hochwertige wissenschaftliche Leistungen zu erbringen sind. Hinnerk Wißmann, Professor für Öffentliches Recht, Verwaltungswissenschaften, Kultur- und Religionsverfassungsrecht an der Universität Münster, wies auf die Zweckmäßigkeit von Freiheit im Rahmen von Bildungsmaßnahmen hin. Während der *preußischen Reformen* wurden wertvolle Erkenntnisse der Aufklärungszeit beeindruckend erfolgreich verwirklicht:

„Im Mittelpunkt der neuformatierten Fakultäten stand die qualifizierte Ausbildung hoher Staats- und Funktionsämter: Der Pfarrer, der Richter, der Arzt und der Lehrer gaben der universitären Ausbildung im neunzehnten Jahrhundert das Maß vor. ... Vor allem aber war die innere und äußere Freiheit des Studienbetriebs, die diese Zeit gekennzeichnet hat, stets funktional rückgebunden: Es ging um Qualitätssicherung durch Freiheitsgewähr. Sowohl die eigentliche universitäre Forschung als auch das spätere Berufsleben der Absolventen konnte, so war die Überzeugung der damaligen Bildungsplaner, nur dann den Anforderungen der Zeit und einer offenen Zukunft genügen, wenn sie nicht in die platte und redundante Einübung des vorhandenen Wissens zurückfallen würde, sondern Kompetenzen für neue Problemlagen bereitstellen würde.“ Hinnerk Wißmann: Jurastudium. Hier geht es um Indianer, nicht um Häuptlinge. FAZ 14.12.2014 www.faz.net/aktuell/beruf-chance/campus/jurastudium-ein-plaedoyer-fuer-mehr-selbststaendiges-denken-13284335.html

Um Leistungsversagen vorzubeugen, ist für angemessene Eignung und Befähigung zu sorgen. In dieser Hinsicht wurden beim Umgang mit den Migrationsherausforderungen enorme Defizite offensichtlich. Siehe hierzu Thomas Kahl: Wie demokratisches Handeln global gelingt. Staatliches Versagen lässt sich vermeiden, wie am Beispiel der Situation Flüchtender gezeigt werden kann.

<http://www.imge.info/extdownloads/WieVernuenftigePolitikGelingt.pdf>

⁸ Thomas Kahl: Die Bedeutung der Menschenrechte aus der Sicht der Vereinten Nationen und des Grundgesetzes. Dringend erforderlich ist eine angemessene Menschenrechtsbildung.

www.imge.info/extdownloads/DieBedeutungDerMenschenrechteAusDerSichtDerVereintenNationenUndDesGrundgesetzes.pdf

⁹ Angela Merkel dokumentierte 2013 in einer Wahlkampfveranstaltung, der TV-Sendung „Wahlarena“ www.zeit.de/politik/deutschland/2013-09/merkel-wahlkampf-wahlarena/seite-2, dass ihre politische und juristische Bildung zu diesem Zeitpunkt noch eklatante Mängel aufwies: Hier sagte sie zum *Adoptionsrecht für Homosexuelle*: „Ich persönlich tue mich schwer damit.“ Sachkundiges juristisches Grundwissen bei gleichzeitig gebotener Ausrichtung auf *Rechtsstaatlichkeit* gemäß dem rule of law *verbietet* solche persönlichen Stellungnahmen und *gebietet* Äußerungen wie: „Bei allen Adoptionen ist darauf zu achten, dass das Kindeswohl gewährleistet ist.“ Als Bundeskanzlerin müsste sie eigentlich wissen, dass es bei Gesetzgebungsangelegenheiten nicht um ihre *persönlichen Empfindungen* gehen kann, dass diese hier in keiner Weise maßgeblich sind. Politiker*innen, die sich bei der Gesetzgebung von solchen Empfindungen leiten lassen, dokumentieren eine *despotische* Grundhaltung bzw. Einstellung. Diese ist mit dem Grundgesetz und demokratischen Prinzipien unvereinbar. Folglich ergab sich zu Merkels Äußerung vorhersehbar und zwangsläufig eine Welle der Empörung bei Menschen, die mit der in Deutschland herrschenden grundgesetzlichen Rechtsordnung besser vertraut sind als sie. Dazu erfolgte ein SPIEGEL-Beitrag:

www.spiegel.de/politik/deutschland/adoptionsrecht-fuer-homosexuelle-merkel-loest-welle-der-empoeerung-aus-a-921484.html

Dr. jur. unzulänglich sein kann, zeigte 2008 beispielhaft eine Reaktion der ehemaligen Bundesjustizministerin (1992-96, 2009-13) Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) auf das Staatsverständnis des damaligen Innenministers, ihres Juristenkollegen Wolfgang Schäuble (CDU).¹⁰ Schäuble vertrat damals eine Position, die sich im Einklang befand mit der des Staatsrechtlers Peter Badura, der eine als „Standardwerk“ geltende Erläuterung des Grundgesetzes verfasst hatte.¹¹ Dieser führte von 1970 bis 2002 als Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Rechts- und Staatsphilosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München die Lehren von Carl Schmitt (1888-1985) weiter, des „Kronjuristen des Dritten Reiches“¹².

Mangelhafte Ausbildung und Sachkenntnisse führen immer wieder dazu, dass Maßnahmen gewählt und eingesetzt werden, die sich als untauglich erweisen. Reformen lassen sich nur über Maßnahmen gewährleisten, die *nachweislich* funktionieren. Wenn solche jedoch im politischen Organisationsrahmen, dem „System“, keinen Platz haben und finden, aus welchen Gründen auch immer, wenn dieses System konstruktive Veränderungen nicht zulässt, weil es *systematisch* diejenigen Gesellschaftsmitglieder *bevorzugt unterstützt*, die am status quo grundsätzlich nichts verändert sehen wollen, die sich deshalb gegen notwendige Reformen wehren, auch indem sie diese mit allen verfügbaren Mitteln und Tricks unterlaufen und torpedieren, dann erfolgt *unaufhaltsam* das Scheitern und der Untergang dieses Systems.

Seit 1947 sind die Menschen *von den Regierungen* im Westen wie im Osten zum Besiegen des angeblichen ideologischen „Feindes“ angehalten worden. Tatsächlich ging es hier nie um einen „Wettbewerb der Systeme“ („freier kapitalistischer Westen“ – „Kommunismus und Sozialismus östlicher Prägung“), sondern stets um die *Besitzstandswahrungs- und Machterweiterungsinteressen wirtschaftlicher und politischer Akteure*. Damit war *hier wie dort* die Förderung demokratiegemäßer politischer Mündigkeit unvereinbar, auch eine (natur)wissenschaftliche Forschung, mit der sich ideologische Täuschungsmanöver und Propagandalügen zuverlässig nachweisen und aufklären lassen. Dazu hatte 1975 der Physiker Carl

¹⁰ Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP): Auf dem Weg in den autoritären Staat. Blätter für deutsche und internationale Politik 2008

www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2008/januar/auf-dem-weg-in-den-autoritaeren-staat

Wolfgang Schäuble: Von der Schutzpflicht des Staates, in: „Der Tagespiegel“, 05.01.2007.

www.tagesspiegel.de/meinung/von-der-schutzpflicht-des-staates/794842.html

¹¹ Peter Badura: Staatsrecht. Systematische Erläuterung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. C.H. Beck, München 1986. Laut https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Badura gilt dieses Buch als *Standardwerk* zum Staatsrecht. Näheres zu seiner Position siehe: Thomas Kahl: Ein Überblick zur Geschichte des *funktionalen Rechts*. Informationen zur globalen Ordnung: Inhalte des Spezialseminars für Juristen.

<http://www.imge.info/extdownloads/GlobaleOrdnungSpezialseminarFuerJuristen.pdf>

¹² Der widersprüchliche „Kronjurist des Dritten Reiches“. Der Journalist Christian Linder versucht Carl Schmitt beizukommen. Deutschlandfunk 28.04.2008 https://www.deutschlandfunk.de/der-widerspruechliche-kronjurist-des-dritten-reiches.1310.de.html?dram:article_id=193580 Baduras Übereinstimmung mit Schmitts Staatsverständnis wird auf S. 37 f. seines Buches „Staatsrecht“ erkennbar. Hier betont er: „Nach dem Staatsrecht der Bundesrepublik ist durch den Zusammenbruch, die Handlungen der Besatzungsmächte, die Errichtung der beiden deutschen Staaten und die später zustande gekommenen Verträge und Erklärungen die rechtliche Kontinuität zwischen dem Deutschen Reich und der Bundesrepublik Deutschland nicht unterbrochen worden; die Bundesrepublik ist mit dem Deutschen Reich rechtlich identisch, d. h. die Bundesrepublik ist nicht ein neues oder anderes Rechtssubjekt im Verhältnis zum fortbestehenden Deutschen Reich.“

Wie Schäuble führt Badura Thomas Hobbes (1588-1679) als maßgeblichen Vertreter „des neuzeitlichen politischen Denkens“ auf, ausdrücklich auf S. 3. Demgegenüber bezeichnet er (siehe S. 4 des Buches „Staatsrecht“) die liberal-demokratische Position des Aufklärers John Locke (1632-1704) als „Fehlentwicklung“. Siehe hierzu auch https://de.wikipedia.org/wiki/John_Locke

Friedrich von Weizsäcker als Direktor des *Starnberger Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt*¹³ erklärt:

„In Gesellschaften, wie wir sie kennen, verhalten sich alle Gruppen und vielleicht alle Individuen mehr oder weniger ideologisch. – Unter ideologischem Verhalten sei hier verstanden, dass allgemeine Prinzipien zum Schutz partikulärer Interessen in Anspruch genommen werden, die sie in Wahrheit nicht decken. ... Sie sagen Christus und meinen Kattun. Sie sagen Freiheit und meinen Erdöl. Sie sagen Sozialismus und meinen ihre Herrschaft. ... Die raffiniertere und harmlosere Form ideologischen Verhaltens ist der bewusste Missbrauch der Prinzipien fürs eigene Interesse, die primitivere und gefährlichere der unbewusste Missbrauch, also die Selbstbeugung. Die Grenze zwischen beiden ist fließend. ...

Kritik der notwendigen Widersprüche des Kapitalismus ohne Kritik der notwendigen Widersprüche des Sozialismus ist ideologisch, vice versa natürlich ebenso. Mit diesen Kritiken ist das sachliche Problem der beiden Systeme ... noch gar nicht berührt. ...

In dieser Verblendung kann der heutige Kapitalismus auf längere Sicht, trotz seiner bisher ungebrochenen Überlegenheit über alternative Wirtschaftssysteme, fast nur seinen eigenen Untergang produzieren.“¹⁴

Wie es im Umgang zwischen Staatsregierungen zugeht, brachte der Friedenspolitiker Egon Bahr (SPD) auf den Punkt:

„In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.“¹⁵

Die Schwierigkeiten, in denen sich Politiker*innen befinden, wenn sie sich redlich um gute Praxis bemühen, zeigt eine Äußerung von Heinrich Böll:

„Politik ist weder eine Wissenschaft noch eine Kunst, sie ist nicht einmal ein Handwerk, sie ist ein von Tag zu Tag sich neu orientierender Pragmatismus, der bemüht sein muss, die Macht und deren Möglichkeiten übereinanderzubringen.“¹⁶

Wie verfahren die Situation in Deutschland diesbezüglich ist, sogar noch verfahrenere als in den USA, hatte Roman Herzog 1997 in seiner „Ruck-Rede“ angesichts des *deutschen Staatsdirigismus und Bürokratismus* eindringlich dargestellt:

„Wer Initiative zeigt, wer vor allem neue Wege gehen will, droht unter einem Wust von wohlmeinenden Vorschriften zu ersticken. Um deutsche Regulierungswut kennenzulernen, reicht schon der Versuch, ein simples Einfamilienhaus zu bauen. Kein Wunder, dass es - trotz ähnlicher Löhne - soviel billiger ist, das gleiche Haus in Holland zu bauen.

Und dieser Bürokratismus trifft nicht nur den kleinen Häuslebauer. Er trifft auch die großen und kleinen Unternehmer und er trifft ganz besonders den, der auf die verwegene Idee kommt, in Deutschland ein Unternehmen zu gründen. Bill Gates fing in einer Garage an und hatte als junger Mann schon ein Weltunternehmen. Manche sagen mit bitterem Spott, dass sein Garagenbetrieb bei uns schon an der Gewerbeaufsicht gescheitert wäre.

Und der Verlust der wirtschaftlichen Dynamik geht Hand in Hand mit der Erstarrung unserer Gesellschaft.“

„In Amerika hat man Interessengruppen, die durch die Mobilisierung der öffentlichen Meinung ihre Sonderinteressen verfechten, „Veto-Gruppen“ genannt, wahrlich eine treffende Bezeichnung. Sie führen dazu, dass über Probleme nur noch geredet, aber nicht mehr gehandelt wird. Die Parole heißt dann: Durchwursteln, unter angestrengter Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Folge ist der Verlust der großen Perspektive.“

„Ich meine, wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag zugunsten der Zukunft. Alle, wirklich alle Besitzstände müssen auf den Prüfstand. Alle müssen sich bewegen.... Zuerst müssen wir uns darüber klar werden, in welcher Gesellschaft wir im 21. Jahrhundert leben wollen. Wir brauchen wieder eine Vision. Visionen sind nichts anderes als Strategien des Handelns. ... Visionen können ungeahnte Kräfte mobilisieren: Ich erinnere nur

¹³ Claus Grossner: Die Quantenphysik der Weltpolitik. Der Philosoph als Friedensforscher Carl Friedrich von Weizsäcker. www.zeit.de/1970/16/die-quantenphysik-der-weltpolitik/komplettansicht

¹⁴ Carl Friedrich von Weizsäcker: Fragen zur Weltpolitik 1975, S. 122-125.

Carl Friedrich von Weizsäcker: Der bedrohte Friede. Politische Aufsätze 1945-1981. München 1981, S. 292-295.

¹⁵ www.rnz.de/nachrichten/heidelberg_artikel,-Egon-Bahr-schockt-die-Schueler-Es-kann-Krieg-geben-arid,18921.html (04.12.2013)

¹⁶ www.zitate.eu/de/zitat/47810/heinrich-boell

an die Vitalität des „American Dream“, an die Vision der Perestroika, an die Kraft der Freiheitsidee im Herbst 1989 in Deutschland.“

Herzogs ausdrückliche Bezugnahme auf *einen neuen Gesellschaftsvertrag* und auf die Funktion von *Visionen* sollte „Deutschland“ an das geistige Fundament erinnern, das der ungeschriebenen Verfassung Großbritanniens, Churchills Demokratieverständnis, der Konzeption der Vereinten Nationen sowie den Formulierungen des deutschen Grundgesetzes *gemeinsam* ist. Als Präsident des Bundesverfassungsgerichts wusste Herzog sehr wohl, dass es bislang nur allzu unzulänglich gelungen war, in Deutschland hinreichend bekannt zu machen, was es mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung auf sich hat und auf was es hier ankommt.

Denn als ehemaliger wissenschaftlicher Assistent des Verwaltungs- und Staatsrechtlers Theodor Maunz¹⁷ (CSU) an der Juristischen Fakultät der Universität München konnte Herzog erfahren, wie die freiheitlich-demokratische Grundgesetz-Argumentation von Carlo Schmid (SPD) und Adolf Süsterhenn (CDU) im Parlamentarischen Rat (1946) während der späteren Politik von Konrad Adenauer (CDU) ignoriert worden war und wie das Grundgesetz sowie die Grundrechte in Lehrbüchern und offiziellen Grundrechtskommentaren entsprechend den traditionell vorherrschenden deutsch-nationalen Staats- und Gesellschaftskonzepten „verstanden“, ausgelegt (interpretiert) sowie kommentiert wurden¹⁸: Die prominenten Staatsrechtler*innen der Nachkriegszeit entstammten überwiegend dem Umkreis von Carl Schmitt (1888-1985), der die Verpflichtung des Menschen zur bedingungslosen Unterordnung unter die Vorschriften und Erwartungen der Obrigkeit vertreten hatte. Dazu gehörte außer Peter Badura¹⁹ auch Ernst-Wolfgang Böckenförde, Professor für Öffentliches Recht, Verfassungs- und Rechtsgeschichte sowie Rechtsphilosophie an den Universitäten Heidelberg (1964–1969), Bielefeld (1969–1977) und Freiburg im Breisgau (1977–1995). Böckenförde amtierte 1983-1996 auch als Richter des Bundesverfassungsgerichts.

Bemerkenswert sind wesentliche Übereinstimmungen von *deren* Demokratie- und Rechtsverständnis²⁰ mit demjenigen in den USA:

¹⁷ Zu den praktisch einflussreichsten Kommentaren gehört Theodor Maunz, Günter Dürig (Hrsg.): Grundgesetz. Kommentar, Loseblattsammlung seit 1958, Verlag C.H. Beck, München.

¹⁸ Thomas Kahl: Die Bedeutung der Menschenrechte aus der Sicht der Vereinten Nationen und des Grundgesetzes. Dringend erforderlich ist eine angemessene Menschenrechtsbildung.

www.imge.info/extdownloads/DieBedeutungDerMenschenrechteAusDerSichtDerVereintenNationenUndDesGrundgesetzes.pdf

¹⁹ Peter Badura: Staatsrecht. Systematische Erläuterung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. C.H. Beck, München 1986. Laut https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Badura gilt dieses Buch als *Standardwerk* zum Staatsrecht. „Peter Badura gehört zu den herausragenden Staatsrechtslehrern unserer Tage. Sein Werk erfasst und durchdringt den Staat des Grundgesetzes in einer kaum zu übertreffenden wissenschaftlichen Breite und Tiefe. Am 21. Februar 2004 feiert Peter Badura seinen siebzigsten Geburtstag. Aus diesem Anlass widmen ihm Kollegen, Schüler und Freunde diese Festschrift. Die Beiträge spiegeln die Breite der Forschungsschwerpunkte des Jubilars: Sie reichen vom Verfassungsstaat und der parlamentarischen Demokratie über Kirche, Rundfunk und Universität sowie Wirtschaft und Verwaltung bis hin zum Europarecht und internationalen Fragestellungen.“ Michael Brenner, Peter M. Huber, Markus Möstl (Herausgeber): Der Staat des Grundgesetzes - Kontinuität und Wandel: Festschrift für Peter Badura zum siebzigsten Geburtstag. Mohr Siebeck 2004

²⁰ Menschenrechtsverletzungen lassen sich nicht leicht erkennen, wenn Jurist*innen in Zentraleuropa und in den USA das Menschenrechtsverständnis der Aufklärung und der Vereinten Nationen im Sinne des „*Herr im Hause*“-Prinzips interpretieren. Ausdrücklich tat das Ernst-Wolfgang Böckenförde (SPD): Als Staatsrechtler und ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht behauptete er weitgehend unwidersprochen, dass *dem Freiheitskonzept der Aufklärung eine positive Sozialidee fehle*: „Die Grenze der Aufklärung zeigt sich in der Frage nach dem Wohin der Freiheit. Die Aufklärung formuliert, über die Freiheit hinaus, keine positive Sozialidee. [...] Die Ausübung der so bestimmten Freiheit ist Sache der Autonomie des Subjekts, wird der individuellen Moralität überantwortet und damit, rechtlich gesehen, auch zur Beliebigkeit freigesetzt.“ Ernst-Wolfgang Böckenförde: Fundamente der Freiheit. In Erwin Teufel (Hg.): Was hält die moderne Gesellschaft zusammen? edition suhrkamp 1996, S. 90

Anscheinend waren Böckenförde wesentliche Tatsachen nicht bekannt, so etwa, dass – gemäß der Aufklärung – alle Menschen einander *im Geiste der Brüderlichkeit* begegnen sollen: Die Parole *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit* (französisch *Liberté, Égalité, Fraternité*) ist der Wahlspruch der heutigen Französischen Republik und der Republik Haiti. Er fußt auf den Losungen der Französischen Revolution 1789.

https://de.wikipedia.org/wiki/Freiheit,_Gleichheit,_Brüderlichkeit

Die Forderung nach „Brüderlichkeit“ geht insbesondere auf die Lehren des Jesus von Nazareth zurück. Auf der Basis seiner Ignoranz formulierte Böckenförde eine Behauptung, die als „Böckenförde-Diktum“ bekannt wurde. „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“

<https://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%B6ckenf%C3%B6rde-Diktum> Deutsche Staatsrechtler*innen und Politiker*innen empfinden diese Behauptung bis heute noch weitgehend unwidersprochen als überzeugend. Beispielsweise verwies Thomas Oppermann (SPD) in einer Veranstaltung (Thomas Kahl: 70 Jahre Grundgesetz – Parlamentarismus in guter Verfassung? Ein Beitrag zum Podiumsgespräch der Hamburger SPD-Fraktion am 07.06.2019 im Hamburger Rathaus. www.imge.info/extdownloads/Parlamentarismus-in-guter-Verfassung.pdf) auf die Bedeutsamkeit dieses Diktums.

Anscheinend außer Acht gelassen wird dabei, dass in Deutschland die gesamte Bildung unter der Aufsicht des Staates steht. Die Voraussetzungen, von denen „der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt“, können und sollen selbstverständlich von der staatsbürgerlichen (politischen und rechtskundlichen) sowie der religiös-weltanschaulich-ethischen Bildung garantiert werden.

Anstatt „Brüderlichkeit“ – oder geschlechtsneutraler: „Geschwisterlichkeit“ – im Sinne des Menschenrechtsverständnisses der Aufklärung und der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen* als positives Sozialverhalten im Sinne verständnis- und rücksichtsvoller gegenseitiger Unterstützung (im Sinne des Subsidiaritätsprinzips bzw. von § 1 der Straßenverkehrsordnung) zu verstehen, wurde das *Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit* bzw. die *Freiheit der Person* (Artikel 2 GG) von Jurist*innen als „Allgemeine Handlungsfreiheit“ ausgelegt: Jeder Mensch dürfe tun und lassen, was ihm gerade einfallt und was er wolle, solange die Rechte anderer nicht verletzt werden und sein Ansinnen und Handeln nicht ausdrücklich gesetzlich verboten ist. Siehe dazu:

Theodor Maunz, Günter Dürig (Hrsg.): Grundgesetz. Kommentar, Loseblattsammlung seit 1958, Verlag C.H. Beck, München.

Philip Kunig: Art. 2. Persönlichkeit, Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit. In: von Münch / Kunig: Grundgesetz-Kommentar Band 1, 6., neubearbeitete Auflage 2012. C.H. Beck München 2012. S. 146

Andreas Fisahn, Martin Kutscha: Verfassungsrecht konkret. Die Grundrechte. Berliner Wissenschaftsverlag 2011 (2. Aufl.), S. 23 ff.

https://de.wikipedia.org/wiki/Artikel_2_des_Grundgesetzes_für_die_Bundesrepublik_Deutschland

https://de.wikipedia.org/wiki/Allgemeine_Handlungsfreiheit

www.grundrechtenschutz.de/gg/freie-entfaltung-der-personlichkeit-258

Derartig zugesicherte Handlungsfreiheit kann sich katastrophal auswirken, wenn juristisch in einer Form vorgegangen wird, die willkürlichem, rücksichtslosem und ungerechtem Vorgehen der Bürger*innen untereinander Tür und Tor öffnet: Aus juristischer Sicht wird ein Handeln so lange als „in Ordnung“ bzw. als „nicht zu beanstanden“ angesehen, wie nicht (1.) eine oder mehrere Personen diesem Handeln gegenüber eigene Rechte *mit juristischen Mitteln* geltend machen und so lange nicht (2.) die Berechtigung der Klage *gerichtlich* bestätigt wird über eine Zurechtweisung oder Verurteilung des oder der Angeklagten.

Die Chance, sein Recht zu bekommen bzw. zu schützen und zu wahren, wird damit abhängig

- (1.) von dem Willen und der Bereitschaft, beständig den Rechtsweg in Anspruch zu nehmen,
- (2.) von dem finanziellen Vermögen, die hierbei anfallenden Kosten zu tragen und
- (3.) von dem Ausmaß erhaltener praktischer Unterstützung durch hinreichend leistungsfähige Gerichte und Richter*innen.

Was für das Bundesverfassungsgericht gilt, gilt auch für die europäischen Gerichte im Bezug auf Menschenrechtsfragen. Zu deren Vorgehen ist eine Äußerung des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, Roman Herzog, bezeichnend: „Solche weitgefassten Prinzipien funktionieren dann nicht, wenn sie in jedem einzelnen Fall erst vor Gericht eingeklagt werden müssen und das zuständige Gericht, hier also der Europäische Gerichtshof, zu ihrer Durchsetzung auch keine große Lust verspürt.“ Roman Herzog: „Europa neu erfinden – Vom Überstaat zur Bürgerdemokratie“ Siedler Verlag 2014, S. 135 f. Roman Herzog bezog sich hier ausdrücklich auf das *Subsidiaritätsprinzip*. Seine Aussage gilt selbstverständlich auch für die Inhalte von Artikel 2 GG und aller weiteren Menschen- und Grundrechte. Denn diese thematisieren lediglich Teilaspekte dessen, was das Subsidiaritätsprinzip umfasst.

Dass in Zentraleuropa, ebenso wie in den USA, recht konsequent derartig *menschenrechtswidrig* verfahren wird, beruht auf dem hier noch vorherrschenden obrigkeitlichen „Herr im Hause“-Prinzip von Rechtsstaatlichkeit. Siehe dazu Thomas Kahl: In Europa brauchen wir *nachhaltig-vernünftige* Politik. António Guterres konnte in seiner Karlspreis-Rede Wichtiges nur andeuten, aber nicht ausführlich darstellen.

Mit der Besiedelung des Territoriums der heutigen USA, der legendären Epoche des *Wilden Westens*, wurden dort Vorgehensweisen vorherrschend, die sich weitgehend mit dem imperialistischen Machthandeln römischer Feldherren wie Julius Cäsar deckten – in dieser Tradition auch in dem von Konstantin „Kaiser von Gottes Gnaden“ bis hin zum imperialistischen Bestreben der Nazis, die Weltherrschaft zu erringen. Dieser Verhaltensausrichtung liegt der *Algorithmus der Zerstörung*²¹ zugrunde: Wer über (mehr) Macht verfügt und seine Gewaltmittel geschickt gegenüber anderen einzusetzen vermag, gewinnt und hat das „Recht“, über die Besiegten zu bestimmen, diese zu befördern oder zu bestrafen, auch zu versklaven, auszubeuten. „Demokratie“ hat aus der Sicht vieler Menschen dort lediglich mit der Frage zu tun, *wer* dazu *auf welche Weise* berechtigt wird: Das sind nicht mehr Angehörige eines Königs- oder Kaiserhauses infolge einer verwandtschaftlichen Thronfolgeregelung, sondern mit zeitlicher Befristung Präsident*innen und deren Regierungspartei(en), soweit diese infolge von Wahlergebnissen eine abgesicherte Stimmenmehrheit erhalten haben. Daneben sind die geltenden Gesetze zu berücksichtigen: Wer über Gesetze bestimmte Rechte erhalten hat, dem dürfen diese nicht weggenommen werden (Besitzstandswahrung). Folglich herrscht hier ein *feudalistisches* Vorgehen, keineswegs die Gleichheit aller Menschen vor dem Recht: Wer gewählt und damit ermächtigt worden ist, der ist rechtlich überlegen.

Der naturwissenschaftlich ausgerichtete US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler John Kenneth Galbraith (1908-2006), der als Präsidentenberater von Roosevelt bis Clinton zu den einflussreichsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts gehörte, hatte dieser Thematik fünf Jahre vor Roman Herzogs „Ruck-Rede“ ein Buch gewidmet. 1992 brachte er darin das Wesen, das *Charakteristische* des *üblichen* westlichen Demokratie-Organisationskonzepts, das *zwangsläufig* Versagen zur Folge hat, auf den Punkt – im ersten Satz des folgenden Zitats:

„Es liegt nicht im Wesen einer Politik, die die kurzfristige Zufriedenheit der Wähler anstrebt, irgendeine unerfreuliche Entwicklung zu antizipieren oder gar voraussichtlichen Katastrophen gegenzusteuern. Eine dem [...] Desaster vorbeugende Planung [...] wird systematisch von der zufriedenen Wählermehrheit verhindert.“²²

Die mangelhafte Nützlichkeit, ja die Schädlichkeit dieses Demokratiekonzepts, ist vor allem denen bekannt, die seine Auswirkungen mit exakten naturwissenschaftlichen Methoden erforscht(en). Insbesondere in der experimentellen Sozialpsychologie²³ wurden weltweit Er-

²¹ Bojan Kustura: Der Ursprung des Bösen und der Algorithmus der Zerstörung: Geld, Wert und Globalökonomische Implikationen für sozioökonomisches Handeln am Beispiel der Tiv. GRIN Verlag 2013. Thomas Kahl: In Europa brauchen wir *nachhaltig-vernünftige* Politik. António Guterres konnte in seiner Karlspreis-Rede Wichtiges nur andeuten, aber nicht ausführlich darstellen.

www.imge.info/extdownloads/In-Europa-brauchen-wir-nachhaltig-vernueftige-Politik.pdf

²² Zitiert nach John Kenneth Galbraith: Die Herrschaft der Bankrotteure (Originaltitel: „The Culture of Contentment“) Hoffmann & Campe, Hamburg 1992. S. 54. <https://press.princeton.edu/titles/11002.html>

„Folglich können Parteien, die sich besonders kompetent dem Allgemeinwohl widmen, nicht mit guten Wahlergebnissen rechnen: Sie schaffen es selten, über die 5%-Hürde zu kommen.“ Zitiert nach Thomas Kahl: Das Bestreben, erlangte Macht- und Herrschaftspositionen aufrecht zu erhalten. In: Thomas Kahl: Die besten Jahre liegen noch vor uns. Die Menschenrechte als Basis weltweiter Gerechtigkeit und friedlicher Zusammenarbeit im Sinne der Vereinten Nationen. Berliner Wissenschafts-Verlag BWV 2017. S. 205 ff.

In seinem Buch „Gesellschaft im Überfluss“ (The Affluent Society 1958) stellte Galbraith heraus, dass in den USA ein Überangebot an Konsumgütern eingetreten war, bei gleichzeitigen Mängeln in der Versorgung mit öffentlich angebotenen Infrastrukturen und Dienstleistungen. Angesichts dessen hielt Galbraith in der staatlichen Wirtschaftspolitik und in den Wirtschaftsunternehmen ein grundsätzliches Umdenken und eine Neuausrichtung des Handelns für erforderlich. Denn ein nicht bewusst sorgfältig gesteuertes und kontrolliertes Wirtschaften werde sich verheerend auf die Umwelt auswirken, damit auch auf die menschliche Lebensqualität. Damals sah Galbraith Wesentliches von dem voraus, was der *Club of Rome* 1972 zu den „Grenzen des Wachstums“ mitteilte. Doch Galbraith's Empfehlungen dazu stießen in den USA auf wenig Sympathie. Sie passten nicht zur Ausrichtung der US-Politik im Kalten Krieg: Freiheitliche *westliche* Demokratie erschien als unvereinbar mit staatlich dirigiertem Wirtschaften.

²³ Siehe zum Problem und der Lösung: Fußnote 55.

kenntnisse gewonnen, die dazu beitragen, dass Sachverständige in etlichen östlichen Staaten die Einführung und Verwendung dieses politischen Konzeptes vehement ablehnen. Denn beweisbar geleitet es die gesamte Menschheit ins Verderben. Warum der östliche diktatorische Staatsdirigismus dennoch nicht eindeutig „besser“ und zu bevorzugen ist, muss an dieser Stelle nicht erörtert werden. Diskussionen darüber, wer inwiefern die überlegene Form der Regierungsorganisation hat, sind eher abwegig und nachrangig angesichts der Frage, wie sich für die konstruktive Bewältigung der heutigen weltweiten Herausforderungen sorgen lässt: Inzwischen verbreitete sich die Vorstellung, der Untergang der Zivilisation von Homo sapiens stehe demnächst bevor.

Anhand eines Konzeptes der NASA gelangten Forscher 2014 zu der Schlussfolgerung, das Ende der Menschheit nähere sich uns unausweichlich:

„Laut den Berechnungen von Mathematiker Safa Motesharrei und seinem Team seien fünf Entwicklungen für den Kollaps unserer Gesellschaft verantwortlich: Bevölkerungswachstum, Klimawandel, Wasserversorgung, Landwirtschaftsentwicklung und Energieverbrauch. Sobald zwei Entwicklungen einsetzen, die diese Faktoren maßgeblich beeinflussen, sei der Untergang nicht mehr aufzuhalten.“²⁴

Im Westen wie im Osten scheint kaum jemand Rettungswege erkennen zu können. Denn das üblich gewordene eigene politische Vorgehen gilt *hier* wie *dort* als offiziell so unantastbar wie die sprichwörtlich „heiligen Kühe“ in Indien: Eigene Fehler sieht man nicht gern und den Balken vor dem eigenen Kopf erkennt man oft nicht, während Splitter in den Augen anderer Personen große Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Folglich wird vor allem das Versagen der Anderen gesehen und gefordert, dass die alles so machen sollten wie man selber es tut.

Diese Studie beruhte, vergleichbar den Prognosen des *Club of Rome* zu den „Grenzen des Wachstums“, auf der Annahme, dass alles auf der Erde so weiter geht wie bisher, dass vorhandenes Knowhow zur Verbesserung von Gegebenheiten nicht genutzt wird, dass politische Instanzen überall weiterhin verfehlt agieren. Angesichts dessen kann es sich als ein lebensretendes Alarmsignal erweisen, dass unsere angeblich *unübertreffliche* Form von *Demokratie* zunehmend *offensichtlich* in Not geraten ist.²⁵ Aspekte dieser Not wurden der interessierten

Zu bedenklichen Erkenntnissen gelangten experimentell arbeitende Sozialpsychologen und Verhaltensforscher, zuerst wohl der russische Physiologe Ivan Pawlow (1849-1936). Er hatte Lernexperimente mit Hunden durchgeführt, die ihm den Nobelpreis einbrachten. Zu erwähnen sind hier ferner:

Stanley Milgram: *Obedience to Authority*. New York: Harper & Row 1974 sowie die klassischen Experimente von Solomon E. Asch https://de.wikipedia.org/wiki/Konformitätsexperiment_von_Asch,

Kurt Lewin https://de.wikipedia.org/wiki/Kurt_Lewin

und Muzaffer Sherif https://de.wikipedia.org/wiki/Muzaffer_Serif

zur Dynamik in Gruppen (Wahrnehmungsverzerrung, Konformitätsdruck, Rivalität, Führungsstile etc.), die in nahezu jedem Lehrbuch der Sozialpsychologie behandelt werden.

Thomas Kahl: Es gibt verschiedene Formen rechtlichen Vorgehens: konstruktive und kriminell-destruktive. Zur Orientierung verhilft die ethisch-moralische Stufentheorie von Lawrence Kohlberg.

www.imge.info/extdownloads/EsGibtVerschiedeneFormenRechtlichenVorgehens.pdf

²⁴ Meike Lorenzen: [Das Ende der Menschheit ist nah](#). Wirtschaftswoche 21.03.2014

Ludwig Rubenbauer: [Weltuntergang](#). Forscher errechnen mit Nasa-Modell Ende der Zivilisation. Tagesspiegel 25.03.2014

²⁵ Thomas Kahl: Demokratie in Not?! Was gehört zu Demokratie? Was ist zu ihrer Unterstützung erforderlich?

www.imge.info/extdownloads/DemokratieInNot.pdf

Thomas Kahl: Eine tabellarische Gegenüberstellung ökonomischen und rechtsstaatlichen Vorgehens. In:

Thomas Kahl: Die besten Jahre liegen noch vor uns. Die Menschenrechte als Basis weltweiter Gerechtigkeit und friedlicher Zusammenarbeit im Sinne der Vereinten Nationen. Berliner Wissenschafts-Verlag BWV 2017. S. 186-190.

ARD-Sendung „hart aber fair“: Terror – Abstimmung, Urteil und Diskussion. Moderation: Frank Plasberg. www.daserste.de/information/talk/hart-aber-fair/sendung/terror-abstimmung-urteil-und-diskussion-moderation-frank-102.html

Öffentlichkeit Deutschlands in der staatlich geförderten Ausschreibung zum „Preis Politische Bildung“ 2017 präsentiert²⁶. Inwiefern im Rahmen repräsentativer Formen der Interessenvertretung von Bürger*innen jemals *vernünftige* Politik über die Wahl der Kandidat*innen diverser Parteien sowie über das Aushandeln von Koalitionsverträgen gelingen bzw. zwangsläufig nur misslingen kann, wurde anhand zuverlässiger Forschungsmethoden – Datenerhebungen und -auswertungen – bislang noch viel zu wenig erforscht, geklärt und generell bekannt gemacht.²⁷

Tatsächlich ist lediglich eine Krise, ein Wendepunkt eingetreten, ein Zustand, der sich anhand bereits vorhandenen Sachverstands erfolgreich bewältigen lässt. Die voraussehbare Not veranlasste *bereits vor Jahrzehnten* Experten, hilfreiche Lösungen zu suchen und zu finden.

In der erwähnten Studie war außer Acht gelassen worden, welche Faktoren dafür sorgen können, dass – wie Phönix aus der Asche – das menschliche Leben auf der Erde weitergeht – dass wir uns im Übergang zu einer neuen Hochkultur befinden: Altes und inzwischen unbrauchbar Gewordenes ist zu entsorgen, um Raum für das Zukünftige zu schaffen. Es ist so wie bei der Komplettrenovierung eines kaum noch bewohnbaren Altbaus: Wenn dieser in neuer Pracht erstrahlt, befreit von allen bisherigen Mängeln, wird niemand den entsorgten Schrott als schmerzlichen Verlust erleben. In unserer Welt gab es stets Besitzstände, die früher einmal unentbehrlich waren und im Laufe der Zeit ihren Nutzen und Wert verloren haben.

Der eine hilfreiche Faktor besteht aus Menschen, die vernünftig und weise zu handeln imstande sind, der zweite Faktor ist eine Stimme des Gewissens, der göttliche innere Kern,²⁸ von

Die TV-Zuschauer stimmen gegen das Grundgesetz. Süddeutsche Zeitung SZ.de 18.10.2016

www.sueddeutsche.de/medien/terror-in-der-ard-die-tv-zuschauer-stimmen-gegen-das-grundgesetz-1.3209819

Thomas Kahl: Wie rechtsstaatlicher Umgang mit erfolgtem Unrecht gelingt. Eine Stellungnahme zur Bedeutung des Grundgesetzes und der Menschenwürde anlässlich der ARD-Sendung „hart aber fair“: „Terror – Ihr Urteil“ vom 17. Oktober 2016.

www.imge.info/extdownloads/WieRechtsstaatlicherUmgangMitErfolgtemUnrechtGelingt.pdf

ARD-Sendung „hart aber fair“: „Reichen-Rabatt und diskrete Deals – wie gerecht ist die Justiz?“ vom

20.04.2015 <https://www.fernsehserien.de/hart-aber-fair/folgen/263-reichen-rabatt-und-diskrete-deals-wie-gerecht-ist-die-justiz-706219>

„Man bekommt keine Gerechtigkeit, sondern ein Urteil“ https://rp-online.de/panorama/fernsehen/hart-aber-fair-man-bekommt-keine-gerechtigkeit-sondern-ein-urteil_aid-9681211

SWR: Planet Wissen: Demokratie in Not. 03.04.2018

<https://www1.wdr.de/mediathek/video/sendungen/planet-wissen-swr/video-demokratie-in-not-100.html>

²⁶ „Klartext für Demokratie! – Offen und respektvoll, kompromissfähig und solidarisch denken und handeln!“ lautet das Motto des Wettbewerbs um den „Preis Politische Bildung“ 2017: „Die politische Großwetterlage kippt ins Demokratie-Skeptische, ja in Demokratieverachtung. In einem nennenswerten Teil Europas setzten sich populistische „postdemokratische“ PolitikerInnen und Regierungen immer stärker durch oder finden – wie bei uns in Deutschland – deutlich mehr Anklang. Autoritäres Handeln gewinnt in den öffentlichen Meinungen gegenüber demokratischer Entscheidungsfindung deutlich an Boden. In den digitalen Medien haben angesichts einer Masse von Wahrheitsverdrehung, Verschwörungstheorien und Häme argumentative Sachlichkeit, kritische Reflektion und der respektvolle Umgang mit einer anderen Meinung einen immer schwereren Stand.“

www.bap-politischebildung.de/preis-politische-bildung-3/bap-preis-politische-bildung-2017/ Zu den Bewerber*innen um den Preis gehörte: Thomas Kahl: Das Projekt „Demokratie global gemäß dem Grundgesetz verwirklichen!“ Eine Erinnerung an demokratische Politikkultur gemäß dem Rule of Law.

www.imge.info/extdownloads/DasProjektDemokratieGlobalGemaessDemGrundgesetzVerwirklichen.pdf

²⁷ Thomas Kahl: Ursachen der Missachtung des Gerechtigkeitsgebotes. In: Thomas Kahl: Die besten Jahre liegen noch vor uns. Die Menschenrechte als Basis weltweiter Gerechtigkeit und friedlicher Zusammenarbeit im Sinne der Vereinten Nationen. BWV Berliner Wissenschafts-Verlag 2017, S. 72-118.

Thomas Kahl: Wie demokratisches Handeln global gelingt. Staatliches Versagen lässt sich vermeiden, wie am Beispiel der Situation Flüchtender gezeigt werden kann.

www.imge.info/extdownloads/WieVernuenftigePolitikGelingt.pdf

²⁸ Alle Menschen haben einen göttlichen Kern in sich

dem sich alle Menschen etwas sagen und empfehlen lassen können. Für die Durchführung zweckmäßiger Reformen war immer wieder eher nebensächlich, was „herrschende“ Politiker*innen denken, meinen und wollen. Maßgeblich sind hier in erster Linie die Einsichten der Bevölkerungsmitglieder in das, was zur Problembewältigung hilfreich ist – deren Wollen und Tun. John F. Kennedy hatte *darauf* in seiner Amtsantrittsrede hingewiesen²⁹.

2. Churchill's Demokratiekonzept und problemlösende Forschung verhelfen zu zielführenden Innovationen

Spätestens seit Beginn der 1990er Jahre konnte man eindeutig erkennen, dass es eines Tages geboten sein könnte, vom *Widerstandsrecht* zugunsten der Einhaltung der Verfassung und zum Schutz der Sicherheit und des Wohles aller Bürger*innen, auch derjenigen mit Migrationshintergrund, Gebrauch zu machen – „wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“ (Artikel 20 (4) GG). Denn was gewählte Funktionär*innen bzw. „Repräsentant*innen des Volkes“ praktisch tun und unterlassen, hat sich längst zu weit entfernt von dem, was den Bürger*innen (Wähler*innen) am Herzen liegt.³⁰ Somit erweisen sich grundlegende Veränderungen im Arbeitsvorgehen der Bundestagsabgeordneten und der sonstigen Parlamentarier*innen als notwendig und erfolgversprechend. Diese können schnell, einfach und ohne schmerzhaften Kostenaufwand durchgeführt werden.

„Eine alte Hindulegende erzählt, dass es einmal eine Zeit gab, in der alle Menschen Götter waren. Aber sie missbrauchten ihre göttliche Macht so sehr, dass Brahma beschloss, sie ihnen wegzunehmen und an einem Ort zu verstecken, an dem sie sie niemals wieder finden würden. Das Problem war nun die Wahl eines geeigneten Verstecks. Und so wurden die Götter zu einem Ratstreffen zusammengerufen, um dieses Problem zu lösen.

Sie schlugen vor: »Lasst uns die Göttlichkeit des Menschen in der Erde vergraben.«

Aber Brahma erwiderte: »Nein, das reicht nicht, denn der Mensch wird graben und sie wiederfinden.«

Da sagten die Götter: »Dann werfen wir die Göttlichkeit in den tiefsten Ozean.«

Aber Brahma entgegnete wieder: »Nein, früher oder später wird der Mensch die Tiefen aller Ozeane erforschen, und eines Tages wird er sie ganz sicher entdecken und wieder an die Oberfläche bringen.«

Verdutzt schlugen die Götter vor: »Dann bleibt nur noch der Himmel, ja, verstecken wir die Göttlichkeit des Menschen auf dem Mond.«

Aber Brahma lehnte auch das ab: »Nein. Eines Tages wird der Mensch den Himmel durchqueren, auf dem Mond landen und sie finden.«

So sagten die Götter schließlich: »Wir wissen nicht, wo wir sie verstecken sollen, denn weder auf der Erde noch im Meer oder im Himmel scheint es einen Ort zu geben, den der Mensch nicht eines Tages erreichen kann.«

Da erwiderte Brahma: »Wir werden Folgendes mit der Göttlichkeit des Menschen machen: Wir verstecken sie ganz tief in ihm selbst, denn das ist der einzige Ort, an dem er sie niemals suchen wird.«

Seit jener Zeit, so schließt die Legende, hat der Mensch die Erde umrundet, er ist geklettert, getaucht, gewandert und hat gegraben, er hat den Mond und den Himmel erforscht auf der Suche nach etwas, das sich in ihm selbst befindet.“ Vorwort aus: *Sarah Marquis: Instinkt. 800 Kilometer zu Fuß durch die Wildnis Australiens*. Malik National Geographic 2017

²⁹ Wer eigenes *nachhaltiges* Heil und Wohl anstrebt, der kommt niemals umhin, sich selbst aktiv dafür einzusetzen. Denn nur jeder selbst kann seines Glückes Schmied sein. Dieser universellen Wahrheit zufolge hatte John F. Kennedy in seiner Amtsantrittsrede als US-Präsident gesagt: “And so, my fellow Americans: ask not what your country can do for you - ask what you can do for your country. My fellow citizens of the world: ask not what America will do for you, but what together we can do for the freedom of man.” – „Und deshalb, meine amerikanischen Mitbürger: Fragt nicht, was euer Land für euch tun kann - fragt, was ihr für euer Land tun könnt. Meine Mitbürger in der ganzen Welt: Fragt nicht, was Amerika für euch tun wird, sondern fragt, was wir gemeinsam tun können für die Freiheit des Menschen.“ <https://www.ushistory.org/documents/ask-not.htm> *Unsere* Politiker sollten das auch *so* sehen.

³⁰ Siehe hierzu den Artikel von Laura Himmelreich: Beste Fremde. Wie denkt das Volk? So ganz anders als Angela Merkel. Vom gescheiterten Versuch, Bürger an der großen Politik zu beteiligen. *Stern* 35/2012, S. 68 f. Zu diesem Artikel siehe Thomas Kahl: Handeln Sie als starke Kanzlerin! Offener Brief zur Euro-Politik. Dr. Angela Merkel soll 2013 den Friedensnobelpreis erhalten. www.imge.info/extdownloads/OffenerBriefAnFrauMerkel.pdf

Geboten ist *als erstes* eine Modifikation der bisherigen Abgeordneten-Wahl- und Abstimmungsverfahren, um *Churchills Demokratieverständnis* zum Durchbruch zu verhelfen. Wenn konsequent dem traditionellen *britischen* Verständnis der Menschenrechte gemäß verfahren wird – wenn sich alle Parlamentarier*innen in der Regierung und der Opposition endlich gegenseitig *in der Problemlösungsfachkunde* respektvoll ergänzen und korrigieren wollen, anstatt Machtkämpfe miteinander und gegeneinander auszutragen, in der Hoffnung, über Siege Wähler*innenstimmen zu erhalten, können Reformen aller Art zukünftig wesentlich besser gelingen.³¹ Die Aufgabe *demokratischer* Parlamente besteht im Entwickeln und Umsetzen von Maßnahmen (Problemlösungen, Know-how), die *nachhaltig* dem Allgemeinwohl, der Leistungsfähigkeit (Gesundheit), der Lebensfreude und der Lebensqualität aller Bürger zugute kommen sollen. Demokratische Parlamente sind keine Wettkampf-Arenen, in der es die besten Kämpfer*innen und Krieger*innen zu ermitteln und mit *likes* zu belohnen gilt, auch keine Gesetzgebungsorgane, die sich Wirtschaftslobbyisten zunutze machen dürfen, um Vertreter*innen der Bevölkerung zum Umsetzen ihrer Interessen zu motivieren.

Was notwendig ist (wäre), damit wir uns auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung befinden, scheint Angela Merkel als geschäftsführender Kanzlerin durchaus bewusst zu sein. Dieses hielt sie der Öffentlichkeit in einer Neujahresansprache mit verantwortungsbewusst-achtsam gewählten Worten sachkundig und konstruktiv vor Augen: Niemand sollte sich veranlasst sehen, darauf mit Beunruhigung zu reagieren!³²

„Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, das Ringen um richtige Antworten gehört zu einer lebendigen Demokratie. Wir sind - im besten Sinne - eine vielstimmige Gesellschaft. Zugleich einen uns die Werte unseres Grundgesetzes: also die Achtung vor der unantastbaren Würde jedes einzelnen Menschen und seiner Freiheitsrechte. Dass wir uns wieder stärker bewusst werden, was uns im Innersten zusammenhält, dass wir wieder deutlicher das Gemeinsame in den Vordergrund stellen, dass wir uns bemühen, wieder mehr Achtung vor dem anderen zu haben, und zwar Achtung im umfassenden Sinne - aufmerksam sein, wirklich zuhören, Verständnis aufbringen -, das sind meine Wünsche für das neue Jahr.“³³

Ihre Rede war reich an Wünschen und Zielen. Diese verbinden uns miteinander: Nahezu allen Menschen dürften diese am Herzen liegen. Vor allem auch denjenigen, die sich

„Sorgen über den Zusammenhalt in Deutschland machen. Schon lange gab es darüber nicht mehr so unterschiedliche Meinungen. Manche sprechen gar von einem Riss, der durch unsere Gesellschaft geht.“³⁴

Wenn wir uns auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung befänden, müsste Angela Merkel solche Sorgen nicht erwähnen und solche Wünsche und Ziele nicht formulieren. Es muss mithin darum gehen, sich auf diesen Boden zu begeben. Dafür, dass sich „das Deutsche Volk“ seit der Verabschiedung des Grundgesetzes im Jahr 1949 *jemals* auf diesem Boden befand, lassen sich keine zuverlässigen Beweise liefern. Demgegenüber gibt es eindrückliche Belege dafür, dass dies seit der Verabschiedung des Grundgesetzes 1949 noch *nie hinreichend* der Fall gewesen ist.³⁵ Denn es mangelte bislang nicht nur an zweckdienlichen

³¹ Thomas Kahl: *Demokratisch* kann nur sein, was das Allgemeinwohl *nachhaltig* unterstützt. Modernes Knowhow macht es leicht, optimal für Gerechtigkeit zu sorgen.

www.imge.info/extdownloads/DemokratischKannNurSeinWasDasAllgemeinwohlUnterstuetzt.pdf

³² Thomas Kahl: Wozu ist Weihnachten 2017 gut? Besinnung auf das, worauf es ankommt: Das Allgemeinwohl www.imge.info/extdownloads/WozuIstWeihnachten2017Gut_BesinnungAufDasWoraufEsAnkommt.pdf

³³ www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-neujahrsansprache-von-angela-merkel-in-voller-laenge-15367369.html

³⁴ www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-neujahrsansprache-von-angela-merkel-in-voller-laenge-15367369.html

³⁵ Belege dazu liefert der Beitrag des ehemaligen Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg und Vorsitzenden der CDU Baden-Württemberg Erwin Teufel: Was hält die moderne Gesellschaft zusammen? edition suhrkamp 1996. In dieser Schrift äußerten sich etliche Politiker*innen, prominente Gelehrte, Professor*innen unterschiedlicher Fachrichtungen, auch etliche mit juristischem Ausbildungshintergrund. Doch *niemand*, der in dieser Schrift zu Wort kam, sah und erläuterte das Grundgesetz ausdrücklich als das, was dem Zusammenleben in Deutschland zugrunde liegt. Zu seinem Verständnis existieren viele unterschiedliche Lehrmeinungen und

Taten, sondern auch an den unverzichtbaren Voraussetzungen dafür – an gründlicher Vertrautheit aller Bürger*innen mit der Funktion und Bedeutung des Grundgesetzes und der Menschenrechte.³⁶ Anscheinend wurde in Deutschland bis heute noch zu wenig erkannt, dass in der *darauf bezogenen* Vermittlung überzeugender Einsichten und zielführender Handlungsweisen die wirksamste existierende Maßnahme besteht, um zum Verfassungsschutz, zur Sorge für innere Sicherheit und zur Friedensförderung beizutragen.³⁷

Hinreichend friedliche Gegebenheiten hat es während des Kalten Krieges und der sich daran anschließenden wirtschaftlichen Globalisierungsentwicklung zu keinem Zeitpunkt gegeben. Das Grundgesetz war ausdrücklich formuliert worden, um angesichts der Vorkommnisse während des Dritten Reiches in der Bundesrepublik Deutschland rechtsextremem Handeln³⁸ keinen Raum mehr zu gewähren.³⁹ Wenn konsequent grundgesetzgemäß gehandelt würde, käme es nicht zu beständig eskalierenden Problemen mit Wirtschaftskriminalität, Gewalttaten, Rechtsextremismus und juristischer Ungerechtigkeit.⁴⁰

Seit der Verabschiedung des Grundgesetzes hatten sich die Politiker*innen der Bundesrepublik Deutschland geflissentlich darum bemüht, der Weltöffentlichkeit als mustergültig *demokratisch* zu erscheinen. Was davon lediglich *fake* war, also zur Vortäuschung von Gegebenheiten erfolgte, um weltweit möglichst gute Eindrücke zu erwecken, wird heutzutage offensichtlich: Lügen haben kurze Beine. Die klare Sonne bringt's an den Tag!⁴¹ Das Unüberseh-

Kommentare, jedoch bis heute noch kein Konsens. Siehe hierzu auch Simon Schuster: Demokratie des gehorchenden Regierens. Das zapatistische Modell einer neuen Gesellschaftsordnung. Unrast-Verlag, Münster 2017. S. 17f.

³⁶ Thomas Kahl: Die Bedeutung der Menschenrechte aus der Sicht der Vereinten Nationen und des Grundgesetzes. Dringend erforderlich ist eine angemessene Menschenrechtsbildung.

www.imge.info/extdownloads/DieBedeutungDerMenschenrechteAusDerSichtDerVereintenNationenUndDesGrundgesetzes.pdf

³⁷ Thomas Kahl: Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule zwischen dem Anspruch des Grundgesetzes und der Wirklichkeit. Eine entwicklungsgeschichtliche Betrachtung mit Hinweisen zur Auftragsbewältigung.

www.imge.info/extdownloads/DerBildungsUndErziehungsauftragDerSchule.pdf

Thomas Kahl: Mord gelingt per Mausclick. Ein Essay zur Pädagogik, zum Selbstschutz und zur inneren Sicherheit im Internetzeitalter. www.imge.info/extdownloads/MordGelingtPerMausclick.pdf

Thomas Kahl: Das Rechtswesen soll für friedliches Zusammenleben sorgen. Psychotherapie hat ebenfalls diesen Auftrag. www.imge.info/extdownloads/DasRechtswesenSollFuerFriedlichesZusammenlebenSorgen.pdf

Thomas Kahl: Wo Rivalität vernichtet, können Rechts- und Bildungsmaßnahmen retten. Demokratische

Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit als Basis globaler Zusammenarbeit (Global Governance).

www.imge.info/extdownloads/WoRivalitaetVernichtetKoennenRechtsUndBildungsmassnahmenRetten.pdf

Thomas Kahl: Burn-out oder Totalschaden? Die seelische Krankheit „Rivalität“ wirkt so verheerend wie früher

Pest und Cholera www.imge.info/extdownloads/BurnoutOderTotalschaden.pdf

³⁸ Wenn „das zentrale Element rechtsextremer Einstellungen die Ideologie der Ungleichwertigkeit ist“, lässt sich dieser mit Bildungsmaßnahmen, etwa zur Förderung fairen Umgangs miteinander, begegnen. Siehe hierzu: [Jo-hannes Kiess](#), [Oliver Decker](#), [Elmar Brähler](#): Was ist rechtsextreme Einstellung, und woraus besteht sie? „Einen Konsens, was genau nun zur rechtsextremen Einstellung gehört, sucht man aber vergeblich. Zu gern wird an den je eigenen Konzepten und, auf einer zweiten Ebene, den eigenen erprobten methodischen Vorgehen festgehalten. Das eröffnet natürlich auch unterschiedliche Perspektiven, die mal den einen, mal den anderen Aspekt stärker ins Licht rücken. Immerhin aber lässt sich für die Bandbreite der Forschung feststellen: Dass das zentrale Element rechtsextremer Einstellungen die Ideologie der Ungleichwertigkeit ist.“

www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/198945/was-ist-rechtsextreme-einstellung-und-woraus-besteht-sie

³⁹ Thomas Kahl: Ausführungen von Carlo Schmid (SPD) zu den Grundrechten 1946. Bestätigende Ausführungen von Willy Brandt (SPD) im Hinblick auf Friedenspolitik 1971

www.imge.info/extdownloads/AusfuehrungenVonCarloSchmidSPDZuDenGrundrechten1946.pdf

⁴⁰ Thomas Kahl: Die Ursachen des Rechtsextremismus sind überwindbar. Seit 1945 weist die Charta der Vereinten Nationen den Weg dazu.

www.imge.info/extdownloads/Die-Ursachen-des-Rechtsextremismus-sind-überwindbar.pdf

⁴¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Die_klare_Sonne_bringt's_an_den_Tag

bar-Werden der vertuschten *wirklichen* Wahrheit⁴² war das, was Roman Herzog 1997 mit dem „Ruck“ gemeint hatte, der endlich durch Deutschland gehen müsse.

Allumfassend kooperativ-friedliche, sich gegenseitig kollegial-unterstützende, also *nicht* rivalisierend-kriegerische sondern wettbewerbs- und konkurrenzfreie Lebensgegebenheiten, die dem *Subsidiaritätsprinzip* gerecht werden, gab es in Deutschland sowie generell in den zentraleuropäischen Regionen bislang *seit Jahrhunderten* noch allzu wenig. Zu *friedlichem Leben* gehört, von anderen Menschen unbeeinträchtigt *frei* leben zu können, um sich ungestört, unbesorgt und ohne äußeren Druck in Ruhe liebevoll denjenigen Dingen und Tätigkeiten zu widmen, die einem am Herzen liegen⁴³. Zu *vernünftiger* Problemlösung, Selbststeuerung und Selbstbestimmung erforderlich sind zielführende Bildungs- und Psychotherapiemaßnahmen sowie hinreichende *äußere* Möglichkeiten zu ungestört-ruhiger, geduldiger, selbstreflektierter meditativer Verarbeitung innerer Erlebnisse und Konflikte⁴⁴. Eine befriedigende Bewältigung von Auseinandersetzungen mit anderen Menschen kann nur gelingen bei hinlänglicher innerer Bereitschaft und dem Bestreben (Ziel) aller Beteiligten, *anhand fairer, gleichberechtigter Methoden* Lösungen zu finden, denen alle Beteiligten mit gutem Gewissen bzw. innerem Frieden zustimmen können.⁴⁵

Nachweislich lässt sich für das Wohl aller Menschen *nur* sorgen, indem deren vernünftige Selbststeuerung gefördert wird. Wer anstatt im *Frieden* in der Überlegenheit anderen gegenüber und im *Sieg Heil* sucht, hat Wesentliches noch nicht gelernt. Das wissen wir zum Beispiel aus Großbritannien. Dort existierte einst eine Tradition weltweit vorbildlicher Bildungskultur, Rechtsstaatlichkeit und Gerichtsbarkeit. Daraus ging Churchills Demokratieverständnis hervor. So lange diese demokratischen Errungenschaften, die auch die Arbeit der Vereinten Nationen maßgeblich prägen, im Rahmen der EU nicht die gebotene Wertschätzung und Anwendung finden, ist es offensichtlich, dass in Großbritannien zutiefst verankerte *Klugheit und Weisheit* zur Brexit-Entscheidung geführt haben⁴⁶: There is no alternative!

⁴² Thomas Kahl: Die Ursachen des Rechtsextremismus sind überwindbar. Seit 1945 weist die Charta der Vereinten Nationen den Weg dazu.

www.imge.info/extdownloads/Die-Ursachen-des-Rechtsextremismus-sind-überwindbar.pdf

⁴³ Üblicherweise gehört dazu, (1.) im eigenen Lebensumfeld geordnete Verhältnisse und lebenswerte Bedingungen herbeizuführen, (2.) die Pflege der eigenen persönlichen Beziehungen und des Kontaktes mit der Natur, (3.) die Sorge für zweckmäßige Ernährung und Bewegung sowie die eigene Gesundheit, gegebenenfalls die Überwindung von Erkrankungen und die Heilung von Verletzungen (Therapie), (4.) Ruhe, Raum und Zeit zur Entspannung, Erholung und Besinnung, zur Beschäftigung mit den eigenen Gefühlen, Bedürfnissen, Wünschen, Gedanken, Träumen, Handlungen, Zielen und (5.) Gelegenheiten zum Verfolgen eigener Hobbies, Bildungs- und Fortbildungsinteressen, die Erweiterung des eigenen Erlebnisspektrums (andere Menschen, Gegenden, Kulturen kennenlernen, Reisen, neue Erfahrungen machen).

⁴⁴ Thomas Kahl: Körpermeditation als Erdung. Ein Weg zu Selbstvertrauen und innerer Stärke.

<http://www.seelische-staerke.de/downloads/koerpermeditationserdungdruck.pdf>

Thomas Kahl: Entspannungsverfahren beruhigen Kinder auch bei Aufmerksamkeitsdefiziten und Hyperaktivität (ADS / ADHS). Heilung der Gefühle mit einem körperorientierten tiefenpsychologisch- verhaltenstherapeutischen Ansatz. www.imge.info/extdownloads/MeditationADHS.pdf

Thomas Kahl: Die Körper-Aura-Massage als therapeutisches Verfahren - Hintergründe und Wirkungen

www.koerper-aura-massage.de/downloads/diekoerperauramassage.pdf

⁴⁵ Siehe hierzu www.kollegiale-demokratie.de sowie www.seelische-staerke.de/paarbeziehungen/index.html

⁴⁶ Thomas Kahl: Don't worry, be happy. Die Brexit-Entscheidung sorgt für notwendige Klarheit – Die Rechtslage hilft weiter. www.imge.info/extdownloads/DontWorryBeHappyD.pdf

Thomas Kahl: Don't worry, be happy. The Brexit decision delivers the clarity we need – assisted by the legal situation www.imge.info/extdownloads/english/DontWorryBeHappyEnglish.pdf

Thomas Kahl: Der Brexit wird gefordert, um in Europa *vernünftige* Rechtsstaatlichkeit zu fördern. Die verworrenen Diskussionen erfordern Klarstellungen.

www.imge.info/extdownloads/DerBrexitWirdGefordertUmRechtsstaatlichkeitZuFoerdern.pdf

Thomas Kahl: Das Brexit-Problem lässt sich lösen.

www.imge.info/extdownloads/DasBrexitProblemLaesstSichLoesen.pdf

Auf unerträgliche Mängel in der EU wies Roman Herzog 2014 hin, in seinem Buch „Europa neu erfinden – Vom Überstaat zur Bürgerdemokratie“: Allzu häufig beachten und befolgen die Mitarbeiter in Einrichtungen, die zum Schutz der Menschen- und Grundrechte geschaffen worden sind, von sich aus nicht hinreichend die dazu gehörigen demokratischen Regelungen. Gemäß den Verträgen von Maastricht (1993) und Lissabon (2009) sind die EU Institutionen verpflichtet, nach dem *Subsidiaritätsprinzip* zu verfahren. Dieses dient dazu, alle gegenwärtigen Probleme in Europa demokratiegemäß zweckmäßig zu bewältigen.⁴⁷ Die *mangelhafte* Erfüllung dieser Pflicht mahnte Herzog unmissverständlich an:

„Solche weitgefassten Prinzipien funktionieren dann nicht, wenn sie in jedem einzelnen Fall erst vor Gericht eingeklagt werden müssen und das zuständige Gericht, hier also der Europäische Gerichtshof, zu ihrer Durchsetzung auch keine große Lust verspürt.“⁴⁸

Die Notwendigkeit grundlegender gesellschaftlicher Reformerfordernisse war spätestens in den 1960er Jahren von angemessen ausgebildeten Fachexpert*innen klar erkannt worden. Das hatte damals in etlichen Staaten Schüler*innen- und Student*innenrevolten ausgelöst und an der Universität Hamburg zu dem weltweit verbreiteten Slogan geführt „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“. Seitdem entstand hier, sowie auch andernorts, eine auf den Arbeiten des deutschen Sozialpsychologen Kurt Lewin aufbauende Version demokratischer Organisationsentwicklung und Managementgestaltung,⁴⁹ auch für alle Wirtschaftsunternehmen. Ergänzen und unterstützen lässt sich diese über ein IT-gestütztes Qualitätsmanagement-Verfahren, das die Achtung und den Schutz der Menschenrechte mit einfachsten Mitteln fördern und gewährleisten kann.

Die Erstellung des *Menschenrechte-Q-MV*[®] war – unabhängig voneinander, unbewusst und dennoch mit völlig übereinstimmenden Befunden – *einerseits* seit 1951 von den Vereinten Nationen über das Hamburger UNESCO-Institut für Lebenslanges Lernen (UIL)⁵⁰ in Zusammenarbeit mit Hochschullehrern vorbereitet worden, *andererseits* von der USA-Regierung. Diese hatte sich im Rahmen des Kalten Krieges angesichts des Sputnik-Schocks (1957) gedrängt gefühlt, der naturwissenschaftlichen Überlegenheit der Ostblockstaaten erfolgversprechend zu begegnen – über Maßnahmen zur Förderung der naturwissenschaftlichen Bildung in den eigenen Schulen. Dazu erfolgte ein aufwändiges Forschungsprojekt, das *Harvard Project Physics*.⁵¹ In Hamburg wurden die Erkenntnisse aus diesen beiden Quellen zusammengeführt und weiterentwickelt. Alle Interessierten finden das Wesentliche dazu inzwischen weltweit kostenlos im Internet.⁵²

⁴⁷ Thomas Kahl: Ein Management-Konzept für die EU-Krise. Effizientes demokratisches Management sorgt für optimale Lebensqualität. www.imge.info/extdownloads/EinManagement-KonzeptFuerDieEU-Krise.pdf

⁴⁸ Roman Herzog: „Europa neu erfinden – Vom Überstaat zur Bürgerdemokratie“ Siedler Verlag 2014, S. 135 f.

⁴⁹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Organisationsentwicklung>

⁵⁰ „Das UIL wurde als UNESCO-Institut für Pädagogik (UIP) 1951 im Zuge des Engagements der UNESCO für eine Reform des Bildungswesens im Nachkriegsdeutschland gegründet.“

www.unesco.de/bildung/unesco-bildungsinstitute/uil.html

Thomas Kahl: Initiativen des Hamburger UNESCO-Instituts zur Förderung menschenwürdiger demokratischer Vorgehensweisen. www.imge.info/extdownloads/InitiativenDesHamburgerUNESCOInstituts.pdf

⁵¹ Ausführliche Befunddarstellungen enthält Thomas N. Kahl: Unterrichtsforschung. Probleme, Methoden und Ergebnisse der empirischen Untersuchung unterrichtlicher Lernsituationen. Kronberg/Ts.: Scriptor Verlag 1977.

⁵² Wesentliches dazu enthält der Text: Thomas Kahl: Der Schutz des Lebens auf der Erde. Die *freiheitlich-demokratische* globale Rechtsordnung verhilft zu weltweiter Gerechtigkeit und friedlicher Zusammenarbeit.

www.imge.info/extdownloads/DerSchutzDesLebensAufDerErde.pdf

Damit wurde ein universell anwendbares, einheitliches Demokratiekonzept als IT-Verfahrenstechnologie verfügbar.⁵³ Dieses weist die bisherigen Mängel der repräsentativen Demokratie westlicher Prägung sowie die Mängel des östlichen politischen Staatsdirigismus und der Planwirtschaft nicht mehr auf. Es eignet sich dazu, weltweit Mängel zu beheben, wo sich diese bislang mit anderen Mitteln noch nicht zufriedenstellend überwinden ließen.

Das *Menschenrechte-Q-MV*[®] fördert freie individuelle nachhaltig-verantwortungsbewusste Selbstbestimmung und Selbststeuerung⁵⁴ sowie die Aktivierung der verfügbaren Selbstheilungs- und Stärkungskräfte. Da es weitgehend ohne äußeren Dirigismus und Fremdbestimmung auskommt, erweist es sich quasi als „Selbstgänger“. Denn es unterstützt und aktiviert das allen Menschen angeborne innere Bestreben, in Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden die eigenen Fähigkeiten zum eigenen Wohl und zugleich zum Wohl der Allgemeinheit bestmöglich entfalten und zur Geltung bringen zu können. Doch das kann nur von Erfolg gekrönt sein, wenn es dazu hinreichenden äußeren Freiraum sowie Unterstützung gibt zur freien Entfaltung der individuellen Eigenarten der Persönlichkeit (Artikel 2 GG), also wenn die Menschenrechte hinreichend geschützt und geachtet werden.⁵⁵

Dem göttlichen Willen sowie der Gottebenbildlichkeit des Menschen zufolge mögen alle auf der Erde in paradiesischer Glückseligkeit miteinander leben: Wie es im Himmel ist, so sei es auch auf der Erde!⁵⁶ Damit das gelingen kann, wurde allen Menschen eine hilfreiche Rechtsordnung mitgeteilt. Offiziell bekannt wurde diese zum Beispiel über die *Zehn Gebote* (Buch Mose: Levitikus 19, 11-18). Hervorgegangen sind aus dieser Rechtsordnung beispielsweise Kants kategorischer Imperativ und die weltweit übereinstimmenden Grundregeln aller Straßenverkehrsordnungen, auch alle wirklich hilfreichen Regelungen zur Förderung der Gesundheit, der Landwirtschaft (Ernährung), guten Zusammenlebens und von Frieden. Wer das eigene Handeln nicht angemessen an dieser Rechtsordnung ausrichtet, der trägt bewusst oder unbewusst nicht zum Allgemeinwohl bei, sondern zur Schädigung und zum Verderben von allem. Das bewusste Berücksichtigen von Naturgesetzmäßigkeiten bildet die einzige zuverlässige Basis von Rechtsstaatlichkeit (engl: „the rule of law“) und Gerechtigkeit. Wer die Naturgesetzmäßigkeiten zu wenig berücksichtigt, der schädigt, zerstört, tötet ungerechtfertigter Weise. Leider wurden die Eigenschaften der Natur und des Lebens, ebenso wie diese Rechtsordnung, immer wieder falsch verstanden sowie falsch dargestellt, was verheerende praktische Auswirkungen auf das Wohl von Menschen hatte. Einst gab es Irrlehrer, die das absichtlich taten – sogenannte *Schriftgelehrte*, die im antiken Judentum zum Beispiel als *Pharisäer* und *Saddu-*

⁵³ Thomas Kahl: Qualitätsmanagement in Deutschland, Europa und weltweit. Die Entwicklung einer humanen Technologie für Global Governance.

www.imge.info/extdownloads/QualitaetsmanagementInDeutschlandEuropaWeltweit.pdf

⁵⁴ Joachim Bauer: Selbststeuerung: Die Wiederentdeckung des freien Willens. Karl Blessing Verlag 2015

⁵⁵ Thomas Kahl: Das Qualitätsmanagement-Verfahren „Menschenrechte-QM-V[®]“. Ein Qualitätsmanagement-Verfahren zum Schutz der Menschenrechte fördert global die Lebensqualität anhand organisatorischer Reformen. www.imge.info/extdownloads/Das-Qualitaetsmanagement-Verfahren-Menschenrechte-QM-V.pdf

Thomas Kahl: Mächtige Institutionen und Organisationen tragen mehr zur Zerstörung der Natur – dem Klimawandel – bei als zum Allgemeinwohl und der Lebensqualität. In: Thomas Kahl: Welche Informationen kann der Einsatz von Klima-Skalen Lehrenden und Lernenden liefern? Die Entwicklung eines Qualitätsmanagement-Verfahrens zur Beachtung und Einhaltung der Menschenrechte. S. 10 ff

www.imge.info/extdownloads/Informationen-von-Klima-Skalen-fuer-Lehrende.pdf

⁵⁶ Siehe hierzu zum Beispiel Mt. 13,1-53, Mt. 22, 2-24 und Mt. 24,1-25, 46. Jesus kennzeichnete das Himmelreich als einen Ort, zu dem zu kommen viele eingeladen sind, so wie zu einer „Hochzeit“, aber nur wenige befähigt und angemessen eingestellt, um die dortigen Chancen konstruktiv zu nutzen.

Thomas Kahl: Der Schutz des Lebens erfordert Freiheitsbeschränkungen und Pflichten. „Fünf Hinweise“ – Ein Theaterstück in einem Akt.

www.imge.info/extdownloads/DerSchutzDesLebensErfordertFreiheitsbeschraenkungenUndPflichten.pdf

zäer bezeichnet wurden. Vor 2000 Jahren hatte *Jesus von Nazareth* die Aufgabe übernommen, hier korrigierend zu handeln.

Die *aktuell* erforderlichen Korrekturen (Reformen) gelingen nicht mühelos und auch nicht von heute auf morgen. Notwendig ist ein umfangreicher Bildungs- und Entwicklungsprozess, ein Langzeit-Programm, auch das Reinigen und „Recycling“ von reichlich Müll, Plastik, Giften und Dummheiten, die innerhalb weniger Jahrzehnte auf unserem Planeten überhandnehmen. Jesus würde das Erforderliche möglicherweise als „Tempelreinigung“⁵⁷ bezeichnen. Immer wieder einmal ist auf der Erde, so wie auch in jedem Haushalt, auf vernünftige Weise für Hygiene und Ordnung zu sorgen.⁵⁸

3. Den Massenmedien kommt im Hinblick auf Innovationen eine Schlüsselrolle zu

Um dieses Programm zu starten und erfolgreich umzusetzen, auch zum besten Wohl aller Politiker*innen und Wirtschaftsunternehmen, bedarf es in erster Linie einer Unterstützung durch die Massenmedien – indem diese darauf aufmerksam machen, Informationen dazu verbreiten und sich als Plattformen zu sachlichen Auseinandersetzungen anbieten. Derartiges ist nichts Neues: Stets beschäftigten sich die Massenmedien hauptsächlich mit Alltagsereignissen, Aufgaben und Herausforderungen des Lebens, mit dem ge- und misslingenden Umgang damit. *Das Neue* besteht im Befolgen der Aufforderung, das nicht mehr in destruktiver, verfassungswidriger, sondern *konsequent* in konstruktiver Absicht und Weise zu tun – also in der Treue zur freiheitlich-demokratischen Verfassung gemäß Artikel 5 (3) GG: Jegliche Publikation enthält Information. *Information* beeinflusst ihre Empfänger: Sie formt. Sie ist Kommunikation und damit stets eine Form von „Lehre“. Wie auch jegliches sonstige Handeln kann sie ihre Empfänger*innen zur Nachdenklichkeit anregen und beispielgebend wirken. „Vorbildlich“ Erscheinendes kann über sie in sachlicher Form erörtert, problematisiert, modifiziert und empfohlen werden.

Allen Massenmedien fällt im Rahmen der eingetretenen internationalen wirtschaftlichen und informationellen Vernetzung aller Regionen der Erde miteinander *natürlicherweise* die Aufgabe zu, stets zur Förderung des *globalen* Allgemeinwohls und der *globalen* sozialen Gerechtigkeit beizutragen. Denn alle Bewohner des Planeten Erde sitzen und leben zusammen wie die Passagiere in einem Boot. Dieses kann kentern und untergehen, sobald einzelne gesellschaftliche Unter- und Interessengruppen Vorteile für sich auf Kosten anderer verfolgen (wollen). Dann gerät alles aus dem Gleichgewicht. Deshalb gilt gemäß Artikel 14 (2) GG:

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Missachtungen dieses Gebotes können zugunsten der Herstellung des Gleichgewichts Enteignungen oder andere Reformmaßnahmen erfordern, ja erzwingen, um den notwendigen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gewährleisten. Um hier für zweckmäßige Korrekturen zu sorgen, kann ein Sachverstand erforderlich sein, der sich im Rahmen von staatlichen Instanzen und Wirtschaftsunternehmen nicht auffinden lässt, vor allem dann, wenn diese zu den Betroffenen gehören. Dann kann deren Befangenheit der Lösungsfindung abträglich sein, sogar zu Unzurechnungsfähigkeit beitragen. Über Jahrhunderte haben ganze Völker unsäglich gelitten, wenn die Regierenden Vernünftiges zu wenig zustande brachten. In derartigen Fällen ist Unterstützung von Seiten *unabhängiger Instanzen* vonnöten, etwa über wissenschaftliche Einrichtungen, die sich als *Think Tanks* professionell der praktischen Bewältigung schwieri-

⁵⁷ Informationen dazu siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Tempelreinigung>

⁵⁸ Thomas Kahl: Wozu ist Weihnachten 2017 gut? Besinnung auf das, worauf es ankommt: Das Allgemeinwohl www.imge.info/extdownloads/WozuIstWeihnachten2017Gut_BesinnungAufDasWoraufEsAnkommt.pdf

ger und schwerster gesellschaftlicher Herausforderungen widmen. Wer sich wissentlich und vorsätzlich über das Gebot des Artikels 14 (2) GG hinwegsetzt, muss damit rechnen, angeklagt und zur Durchführung zweckmäßiger Korrekturmaßnahmen angehalten zu werden.

Dazu gehören zum Beispiel diejenigen, die bewusst Dieselabgasmessungen manipuliert haben, um gesetzlich festgelegte Schadstoffgrenzwerte zu unterlaufen. Derartiges konnte im erfolgten riesigen Ausmaß selbstverständlich nicht ohne die stillschweigende Billigung maßgeblicher staatlicher Instanzen geschehen: Angesichts des herrschenden weltweiten Wirtschaftskrieges aller Staaten gegeneinander, der immer wieder verharmlosend als „Wettbewerb“ bezeichnet wird, gehört es zu den Anliegen der Bundesregierung, die deutsche Automobilindustrie zu unterstützen, um für die Erhaltung von Arbeitsplätzen und für Vollbeschäftigung zu sorgen. Wenn das, wie im vorliegenden Fall, logisch-zwangsläufig zu gesundheitlichen Schädigungen, mangelhaftem Klimaschutz, Fahrverboten und einem internationalen Imageverlust der deutschen Automobilindustrie führt, fördert das deren Untergang. Unter vernünftigem – und vor allem *rechtmäßigem* – politischem Problemlösungshandeln stellen sich die Bürger*innen anderes vor.

Wirklich zielführend kann hier nur die Beendigung dieses Wirtschaftskrieges sein, zumal dieser weltweit mit Verheerungen einhergeht, die unter anderem auch zu den Hauptauslösern aller Flüchtlingsbewegungen gehören. Problemlösungen ergeben sich aufgrund des Wissens, dass zur vernünftigen Bewältigung all’ dieser Herausforderungen 1945 die Vereinten Nationen gegründet worden waren: Da sich in unserer Welt üblicherweise alle Staaten als Gegner bzw. „Feinde“ betracht(et)en, so lange sie sich nicht vertraglich miteinander verbündet haben, boten sich die Vereinten Nationen als eine Organisation an, die alle Gegner- und Feindschaften zu überwinden ermöglicht, indem sich *alle miteinander verbünden*, um unter friedlichen Bedingungen in weltweiter Kooperation bestmöglich *gemeinsam* für das Wohl aller Menschen auf der Erde zu sorgen. Aktuell dient dazu die UN-Agenda 2030.

Was zugunsten des Allgemeinwohls zu tun ist, war schon vor etlichen Jahrtausenden bekannt. Für alle Angehörigen der biologischen Spezies *Homo sapiens* gilt: Unverzichtbar ist die Aneignung von zuverlässigem naturwissenschaftlichem Know-how zum Schutz des Lebens auf der Erde, denn:

„From a universal point of view, the *Responsibility to Protect (R2P)* means taking care of *nature*. In doing so, we take care of ourselves, future generations and humans, plants, animals, air, water.“

Die Massenmedien sind verfassungsmäßig dazu verpflichtet, der Öffentlichkeit hilfreiche Beiträge zum Schutz des Lebens auf der Erde⁵⁹ zu präsentieren, um diesen Schutz zu unterstützen, ohne irgendeine Form von Zensur auszuüben. Staatlichen Instanzen stehen *diesbezüglich* keinerlei Einspruchs- und Einschränkungsrechte zu. Hierzu müssen sich alle Bürger frei ihre *eigene* Meinung bilden können. Das gilt auch für den Inhalt des vorliegenden Textes.

⁵⁹ Thomas Kahl: Der Schutz des Lebens auf der Erde. Die *freiheitlich-demokratische* globale Rechtsordnung verhilft zu weltweiter Gerechtigkeit und friedlicher Zusammenarbeit. S. 11
www.imge.info/extdownloads/DerSchutzDesLebensAufDerErde.pdf